Internationale Politikanalyse
International Policy Analysis






Sebastian Dullien, Hansjörg Herr, Christian Kellermann

Der gute Kapitalismus

… und was sich dafür nach der Krise ändern müsste

■ »Kann Kapitalismus gut sein? Ja – wenn er an die Leine genommen wird!« So lautet die Kernaussage des Buches »Der Gute Kapitalismus … und was sich dafür nach der Krise ändern müsste« (mit einem Vorwort von Gesine Schwan), soeben erschienen im transcript Verlag.

■ Die Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) stellt das Buch in Auszügen hier vor. Es ist das Ergebnis eines Diskussionsprozesses der FES, der durch ein Seminar mit Experten aus Finanz und Wirtschaft im Januar dieses Jahres angestoßen wurde.

■ Die Autoren des Buches fordern eine fundamentale Neuordnung des Kapitalismus. Denn die Krise ist Folge eines exzessiven Finanzkapitalismus, der nicht nur Finanzsysteme, sondern auch den Konsens der sozialen Marktwirtschaft zerstöre.

■ Ihr »Guter Kapitalismus« ruht auf vier Säulen: gezähmten Finanzmärkten, guter Arbeit, europäischer Zusammenarbeit und weltweiten Regulierungen.

OKTOBER 2009



Inhalt

1 Von der Deregulierung der Finanzmärkte zur »Rückkehr des Staates«

Schonungslos hat die jüngste Finanzkrise die Schwächen des aktuellen Wirtschaftssystems aufgezeigt. Ein ökonomisch relativ überschaubares Ereignis – das Platzen einer Immobilienblase in den USA – hat die globalisierte Wirtschaft an den Rand einer neuen Depression gebracht und Erinnerungen an die Weltwirtschaftskrise von 1929 wachgerufen.

Die deutsche Wirtschaft ist um spürbar mehr als 5 Prozent geschrumpft – so dramatisch wie noch nie seit dem Zweiten Weltkrieg. Mag es demgegenüber auch erste Indizien geben, die auf eine Stabilisierung der Konjunktur und ein neues Wachstum in Deutschland deuten, ist tatsächlich doch mit weiteren Rückschlägen zu rechnen. Denn es bleibt in der gegenwärtigen Lage höchst fragwürdig, wie nachhaltig diese Stabilisierung ist.

Das aktuelle Krisenmanagement ist noch nicht vorüber. Dabei ist der Weltwirtschaft gerade das zum Verhängnis geworden, was in den vergangenen Jahren als ihr zentraler Wachstumstreiber gehandelt wurde: die immer stärkere Verknüpfung der internationalen Kapitalmärkte und des internationalen Handels, befördert durch immer komplexere Finanzinstrumente, die immer größere Gewinne einfuhren. In der Krise hat sich nun herausgestellt, dass das globale Finanzsystem mitnichten die negativen Folgen des Platzens der Blase am US-Immobilienmarkt eingrenzen konnte, sondern vielmehr selbst als globaler Verstärker des wirtschaftlichen Einbruchs gewirkt hat.

Relativ schnell war man sich nach Ausbruch der Krise einig, dass es zumindest bei der Finanzmarktregulierung kein »Weiter so« geben dürfe. Schnell entwickelte sich ein Konsens, dass die Hauptursache der globalen Misere auf den Finanzmärkten zu suchen war, die in Folge einer langen Phase der Unterregulierung eine Art Parallelwelt zum »normalen« Wirtschaftssystem entwickelt haben, in der sich selbst Insider bisweilen nicht mehr auskannten. Das Scheitern der freien und sich selbst regulierenden Finanzmärkte war auch der Antrieb der Initiativen der 20 »systemisch relevanten Länder« (G20) zur Regulierung der internationalen Finanzmärkte. Gemeinsam wollen die G20 nun die unregulierten Finanztransaktionen und -akteure bekämpfen. Ihre Agenda umfasst mehr Transparenz und Verantwortung der Finanzsphäre für die Wirtschaft: auf globaler, regionaler und nationaler Ebene.

Als im Winter 2008/9 dann klar wurde, dass die Finanzkrise auch für den Rest der Wirtschaft dramatische Folgen haben würde, setzte auch ein Umdenken auf einer anderen Ebene ein: Mit massiven Konjunkturpaketen und einer expansiven Geldpolitik steuerten die großen Industrieländer und die wichtigsten Schwellenländer gegen den Abschwung und versuchten, Realwirtschaft und Finanzmärkte zu stabilisieren. Insbesondere die Stützungsaktionen von Banken und Großunternehmen erreichten dabei Größenordnungen, die lange Zeit undenkbar gewesen waren. Von der »Rückkehr des Staates« oder der Rückkehr einer steuernden Wirtschaftspolitik nach keynesianischem Vorbild war plötzlich wieder die Rede. Gemeint war damit die staatliche Steuerung von Nachfrage in einem Wirtschaftsraum, die auf den Ökonomen John Maynard Keynes zurück geht, der eng mit dem Wirtschaftsmodell der Nachkriegsjahrzehnte in Verbindung gebracht wird. Institutionen, die sich wie die EU-Kommission oder der Internationale Währungsfonds jahrzehntelang vor allem für Haushaltskonsolidierung und die Verbesserung von Angebotsbedingungen eingesetzt hatten, konnten sich plötzlich kaum überbieten in Forderungen nach immer größeren Konjunkturprogrammen zur Nachfragestützung. Diskutiert wurde nicht mehr, ob die Konjunktur mit Staatseingriffen gestützt werden solle, sondern nur noch, wie dies möglichst schnell, wirksam und kostengünstig geschehen könne.

Doch die öffentliche Debatte hat sich längst über diese technischen Fragen hinwegbewegt. Politisch ist die marktradikale Vision eines »Nachtwächterstaates« in einem dominanten Marktgefüge (national wie auch global) diskreditiert. In der Bevölkerung wächst die Abneigung nicht nur gegen den Finanzkapitalismus, sondern zunehmend auch gegen den Markt als alleinigen Ordnungsmechanismus schlechthin. Der Eindruck nimmt zu, dass dieses Modell der breiten Masse keinen Zuwachs an Lebensstandard gebracht hat, dafür aber einzelnen Managern oder Spekulanten extrem große Einkommen beschert hat. Plötzlich sind Forderungen nach der Überwindung dieses Finanzkapitalismus wieder politisch salonfähig. Aber wie könnte ein neues Wirtschaftsmodell aussehen? Wie müsste ein »guter Kapitalismus« in einer globalisierten Welt beschaffen sein?

2 Kapitale Irrungen korrigieren

Wir entwickeln hier einen Vorschlag für einen »guten Kapitalismus«, dessen Grundausrichtung soziale Gerechtigkeit und ökologische Nachhaltigkeit auf einem hohen Wohlstandsniveau garantieren soll. Ein solches neues Modell ist kein irgendwie gearteter fundamentaler Gegenentwurf zum bestehenden Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell, wie es der historische Versuch der kommunistischen Planwirtschaft war, denn

Prof. Dr. Sebastian Dullien lehrt an der Hochschule für Technik und Wirtschaft in Berlin;
Prof. Dr. Hansjörg Herr lehrt an der Hochschule für Wirtschaft und Recht in Berlin;
Dr. Christian Kellermann ist Leiter des Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung für die Nordischen Länder in Stockholm.

wir halten radikale Gegenentwürfe zwar für intellektuell anregend, jedoch für die gegenwärtigen Probleme für wenig hilfreich. Wir sehen beim derzeit existierenden Wirtschaftsmodell, das sich ab den 1970er Jahren auch in Deutschland herausgebildet hat, zwei große Problembereiche, die gelöst werden müssen – und auch können!

Erstens basierten die Reformen der letzten vierzig Jahre auf einer problematischen Marktgläubigkeit. Märkte wurden als ein sich selbst regulierender Mechanismus verstanden, der von sich aus zu Stabilität einschließlich hoher Beschäftigung und einer einigermaßen akzeptablen Verteilung von Einkommen führt. Da die entfesselten Märkte das gewünschte Ergebnis in der Regel nicht lieferten, verabreichte die Politik der Ökonomie stets eine weitere Dosis mehr Entfaltungsfreiheit.

Zweitens hat sich ab den 1970er Jahren ein zunehmendes Ungleichgewicht zwischen dem globalen Markt auf der einen Seite und der nationalen Ebene von Regulierung auf der anderen Seite herausgebildet. Ohne eine Auflösung dieser Asymmetrie wird es schwerlich gelingen, eine stabile weltwirtschaftliche Entwicklung zu garantieren.

Eine zentrale Frage für ein neues Wirtschaftsmodell ist, welche Rolle den Finanzmärkten zukommen soll. Dabei sollten der Finanzsektor und seine Dynamik im Bereich der Kreditschöpfung nicht verteufelt werden. Zwar wird übermäßige Kreditvergabe als ein zentraler Grund für die Blase am US-Immobilienmarkt und damit die aktuelle Krise gesehen. Es darf aber nicht vergessen werden, dass Kredit und Kreditwachstum an sich nichts Schlechtes sind. Vielmehr ist Kredit Treibstoff von Innovation und Wachstum. Unserer Meinung nach hat der Finanzsektor eine wichtige Rolle in einer sozial-ökologischen Wirtschaft. Anders als in den vergangenen Jahren, als die Geschäfte im Finanzsektor oft zum Selbstzweck verkommen sind, muss der Finanzsektor jedoch wieder zum Dienstleister für den Rest der Wirtschaft werden. Die Finanzmärkte müssen die Wirtschaft mit ausreichend Finanzmitteln versorgen, um einen optimalen Grad von Produktion und Vertrieb von Waren und Dienstleistungen zu gewährleisten. Sie müssen Wagniskapital bereit stellen, um Innovationen vor allem im Bereich der »grünen Wirtschaft« zu ermöglichen. Sie müssen aber auch »geduldiges« Kapital zur Verfügung stellen, das es Unternehmen ermöglicht, langfristige Strategien zu entwickeln und längerfristig zu planen. Die Rahmenbedingungen für Investmentbanken, Fondsgesellschaften, Geschäftsbanken und andere Akteure auf den Finanzmärkten müssen so gestaltet werden, dass der Finanzsektor als Ganzes diese Aufgaben erfüllt.

Diese Rolle kann der Finanzsektor natürlich nur so lange übernehmen, wie es nicht zu Überschuldung oder Schuldenkrisen einzelner Länder oder Sektoren kommt. Solche Krisen vernichten regelmäßig jenes Eigenkapital, das der Finanzsektor für Kreditvergabe an Unternehmen für deren produktive Investitionen braucht. Daraus folgt für ein neues, stabiles Wachstumsmodell, dass eine kontinuierlich steigende Verschuldung, sei es des Staates oder der Haushalte, als Wachstumstreiber dafür nicht in Frage kommt.

Der Krise gingen eklatante globale Ungleichgewichte voraus, die sich insbesondere in einem riesigen Leistungsbilanzdefizit der USA ausdrückten. Das zeigte an, dass die USA weit über ihre Verhältnisse lebten, wovon allerdings wiederum die großen Exportländer, allen voran China und Deutschland, profitierten. Solche Ungleichgewichte zwischen Ländern sind für eine gewisse Zeit tragfähig, aber wenn die Schuldenlast zu groß wird und das Vertrauen in diesen Markt verloren geht, kommt es zu abrupten Kapitalbewegungen aus diesem Markt mit den entsprechenden Konsequenzen eines wirtschaftlichen Abschwungs.

Daraus leitet sich ein grundlegendes Ergebnis unseres neuen Wirtschaftsmodells ab: Jenseits der besseren Finanzmarktregulierung müssen die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen so gestaltet werden, dass Nachfrage ohne steigende Verschuldung geschaffen werden kann.

Global gedacht bedeutet dies die Schaffung von Nachfrage über Löhne und Gehälter, die möglichst in allen Ländern in etwa mit dem Produktivitäts- und Bevölkerungswachstum steigen sollte. Das zentrale Instrument zum Management dieser Nachfrage ist eine aktive Lohnpolitik, die für gerechte Löhne für alle sorgt. Jede Arbeitsmarktpolitik sollte deshalb gesamtwirtschaftliche Anforderungen an die Schaffung von Nachfrage mit einbeziehen. Oder anders ausgedrückt: Arbeitsmarktreformen dürfen nicht die globale wirtschaftliche Stabilität gefährden – so wie es bisher der Fall war.

Finanzpolitik wiederum hat die Aufgabe, wachsende Ungleichheit zu vermeiden und sie gegebenenfalls zu korrigieren. Der wirtschaftliche Grund hierfür ist ganz einfach: Hohe Einkommensbezieher konsumieren relativ gesehen weniger als es Bezieher niedriger Einkommen tun. Insofern ist die Nachfragewirkung größer, wenn man niedrige Einkommen aufstockt, als wenn man einer Millionärin noch einmal einen Steuernachlass gibt (ganz abgesehen von Gerechtigkeitsfragen).

Zudem sind große Ungleichgewichte zwischen Ländern ein Anzeichen für ungesunde Verschuldungstrends und müssen deshalb vermieden werden – dies

gilt für Defizite wie für Überschüsse. Oder wie Helmut Schmidt es ausdrückte: »Keiner kann auf die Dauer zulasten aller anderen Überschüsse erzielen, keiner kann auf die Dauer die Überschüsse und die Kapitalbildung der anderen in der eigenen Wirtschaft verbrauchen«. Deshalb muss auch die Geldpolitik eines Landes oder im Falle Europas einer Region mit neuen Instrumenten jenseits des Leitzinssatzes zur Vermeidung und den Abbau von Ungleichgewichten sowohl auf den Finanzmärkten wie auch im Handel eingesetzt werden.

3 Kein Schritt zurück, zwei Schritte nach vorn

Es geht bei der Frage nach einem »guten Kapitalismus« um das richtige Gleichgewicht von Markt, Staat und Gesellschaft. Der Finanzkapitalismus braucht an vielen Stellen wieder mehr Staat. Das Ganze soll aber mitnichten die Rückkehr zum alten Modell Deutschland der 1970er Jahre bedeuten. »Mehr Staat« bedeutet auch nicht ein Zurückdrehen von Liberalisierungen im gesellschaftlichen Bereich.

Im »Modell Deutschland« der 1970er Jahre war zwar der Aspekt langfristigen Denkens durch eine enge Verflechtung von Industrie und Banken unter dem Schlagwort »Deutschland AG« erreicht. Allerdings hat dieses Modell im Rahmen der europäischen Integration und der Globalisierung der Produktion seine Grundlage verloren. Zudem zementierte das Modell zweifelhafte Machtstrukturen, die es zu überwinden galt. Manche Gruppen waren vom Arbeitsmarkt oder zumindest von bestimmten Positionen ausgegrenzt. Für Frauen etwa war die Erwerbstätigkeit in den 1970er Jahren schwieriger als heute. Eine Rückkehr zum Modell der 1970er Jahre erscheint deshalb weder wünschenswert noch möglich, ebenso wenig ein Kopieren des gerade gescheiterten angelsächsischen Modells, das auf kurzfristige Wertsteigerungen des *Shareholder Value* abzielte und dem Finanzmarkt ein übertriebenes Gewicht in der Wirtschaft einräumte.

Ein neues Wirtschaftsmodell ist ein überaus ehrgeiziges Projekt. Viele Elemente des Modells lassen sich nicht im nationalen Alleingang umsetzen, schon gar nicht von einem Land, das wie Deutschland EU-Mitglied ist und wirtschaftlich wie rechtlich eng mit seinen Nachbarn verflochten ist. Für viele Ideen ist zudem aus grundsätzlichen ökonomischen Überlegungen die supranationale Ebene die angemessene Regulierungsebene. Dies gilt insbesondere für Finanzmärkte und ihre Akteure. Kapital ist hochgradig mobil und sucht sich stets den (aus Kapitalinteressen gesehen) optimalen Standort, der nicht selten in einem unregulierten »Offshore-Zentrum« liegt, wo Steuer- und Aufsichtsstrukturen kaum vorhanden sind. Abgesehen von den damit verbundenen Ungerechtigkeiten untergräbt eine solche »Regulierungsarbitrage« eine effektive Regulierung. Notwendig ist somit eine global koordinierte Finanzmarktregulierung. Auch in anderen Punkten wie etwa der Frage nach den globalen Ungleichgewichten ist eine internationale Koordinierung unumgänglich.

Nichtsdestotrotz kann in vielen Bereichen der Umstieg auf ein neues Wirtschaftsmodell zu Hause beginnen. Der Abbau des enormen Leistungsbilanzüberschusses Deutschlands etwa könnte mit einer Wende in der deutschen Lohnpolitik ebenso wie mit einer stärkeren steuerlichen Umverteilung im Inland begonnen werden. Beide Elemente brauchen weder eine Koordinierung mit dem Ausland noch schaffen sie Konflikte mit den EU-Partnern. Und weniger Ungleichgewichte in der dritt- oder viertgrößten Volkswirtschaft bedeuten spürbar weniger Ungleichgewichte weltweit.

4 Der »gute Kapitalismus«: Ein Modell auf vier Säulen

Die Vorstellung des Kapitalismus als eines sich selbst regelnden Systems, das zu Stabilität und Wohlfahrt für alle führt, war falsch und wird auch immer falsch bleiben. Märkte müssen immer in Institutionen und Regulierungen eingebunden werden, anderenfalls entfalten sie destruktive Kräfte. Es ist also keine Frage, ob der Staat in Märkte eingreifen soll, sondern wie. Damit der Kapitalismus seine produktive (»gute«) Dynamik möglichst frei von seinen zerstörerischen Tendenzen entfalten kann, muss er an die Leine genommen werden: durch den Staat und die Gesellschaft. Die Leine darf nicht zu lang, aber auch nicht zu kurz sein. In einer idealen Welt muss auch der globale Kapitalismus eine globale Regulierung oder Leine haben, um im Bild zu bleiben. Aber auch auf nationaler und regionaler Ebene ist schon einiges an sinnvollen Vorkehrungen zu treffen. Es gibt genügend Spielraum für ein Land wie Deutschland, binnenwirtschaftliche ökonomische Belange und den eigenen Grad der Globalisierung zu gestalten. Eine machbare Alternative, die nach unserer Vorstellung für Deutschland auf den folgenden vier Säulen ruht, sieht so aus:

Säule 1: Die Banken und das Finanzsystem

Finanzsysteme stellen das »Gehirn« des ökonomischen Systems dar. Sie sind für eine dynamische Entwicklung von zentraler Bedeutung, können jedoch die Ökonomie auch ins Verderben treiben. Tatsächlich übernimmt ein gut funktionierendes Finanzsystem in einer modernen Volkswirtschaft mindestens vier Aufgaben, die für einen nachhaltigen Wachstumsprozess unabdingbar sind. Erstens ermöglicht es durch frisch geschöpfte Kredite Unternehmen und insbesondere innovativen Unternehmern Investitionen sowie die Durchführung von Produktionsprozessen. Zweitens hilft es durch die bessere Verteilung des Risikos insgesamt, dass mehr unternehmerische Risiken eingegangen werden können, was tendenziell zu einem höheren Innovationsgrad und höherem Wirtschaftswachstum führt. Drittens sollte ein ordentlich funktionierendes Finanzsystem Kredite an jene Sektoren und Unternehmen verteilen, die damit am ehesten nachhaltiges Wachstum erzeugen. Und viertens hilft es, von einer Vielzahl von Sparern kleinere Summen einzusammeln und diese für größere Investitionsprojekte zur Verfügung zu stellen. Das Finanzsystem sollte also für den Unternehmenssektor ausreichend Kredite zur Verfügung stellen und innovative Unternehmen auch mit höheren Risiken fördern. Dazu braucht es allerdings nicht der unzähligen und sich letztlich sehr ähnlichen Finanzprodukte und nicht den Umfang der gigantisch eskalierenden Derivatsmärkte. Auch unterstützen durch Spekulation und kurzfristiges Handeln getriebene Aktien- und Immobilienmärkte sowie auf den kurzfristigen Gewinn hin orientierte Unternehmensstrategien nicht die langfristige Entwicklung von Ökonomien. Relativ bodenständige Finanzsysteme sind ausreichend, um über eine Kreditexpansion Investitionen und Innovationen zu finanzieren.

Was zu tun ist[1]

- Erhaltung mehrgliedriger Bankensysteme mit einem starken öffentlichen Sektor (Sparkassen und Genossenschaftsbanken)
- Einführung strikterer Regeln zum Eigenkapital von Finanzinstitutionen für alle Bilanzrisiken; hohe Risiken müssen transparent und entsprechend mit Eigenkapital unterlegt werden
- Antizyklische Ausgestaltung der Finanzmarktregulierung (Reduzierung der Rolle von bankenspezifischen quantitativen Risikomodellen, Reform von Basel II)
- Schaffung einer europäischen Bankenaufsicht
- Striktes Verbot von Geschäften mit Offshore-Zentren
- Regulierung aller Finanzinstitute nach den Funktionen, die sie im Markt übernehmen
- Einführung neuer Regeln für Verbriefungen einschließlich einer Zulassungsstelle oder »TÜV« für Finanzprodukte und des Eigenbehalts auch der risikoreichsten Tranchen beim Weiterverkauf von Forderungen
- Installierung einer Clearingstelle für Derivate und das strikte Verbot von OTC-Geschäften
- Ausweitung der Kompetenzen der Banken- und Finanzmarktaufsicht, die künftig auch Finanzmarktdaten sammeln und aggregieren sowie eine makroökonomische Perspektive einnehmen muss
- Abkehr vom »Fair Value Accounting« und Einführung des Niedrigwertprinzips
- Reform der Rating Agenturen und Einführung staatlicher Rating Agenturen
- Einführung strikter Regeln zu Bonussystemen für Manager
- Die Kurzfristorientierung der Finanzmärkte und ihrer Auswirkungen auf die gesamte Wirtschaft reduzieren: Aufgabe des Shareholder-Value-Prinzips bei der Unternehmensführung und Stärkung der Rolle aller Stakeholder in einem Unternehmen
- Erweiterung des Instrumentenkastens der Zentralbank neben der Zinspolitik um variable Eigenkapitalvorschriften bei Immobilienkrediten (differenziert nach Sektoren und Regionen) und den Einsatz von Kapitalverkehrskontrollen und Devisenmarktinterventionen

Säule 2: Die Löhne und der Arbeitsmarkt

Die Kaufkraft, die in entwickelten Volkswirtschaften die zentrale Nachfragequelle ist, sollte auf einer relativ ausgeglichenen Einkommensverteilung beruhen und nicht auf einer Expansion von Konsumkrediten. Eine ausgeglichene Einkommensverteilung braucht mehrere Maßnahmen: Erstens die Umkehrung des langfristigen Trends einer fallenden Lohnquote, der vor allem auf den Machtzuwachs, das Ausufern und die Risiko- und Renditegier des Finanzsystems zurückzuführen ist. Zweitens ist die Lohnstruktur in der Form zu ändern, dass die unteren Löhne angehoben werden. Drittens muss der Staat in die vom Markt gegebene Verteilung durch Steuern und Ausgaben einschließlich der Bereitstellung öffentlicher Güter ein-

1 Eine ausführliche Begründung der einzelnen Maßnahmen finden Sie im vierten Kapitel des Buches »Der gute Kapitalismus«.

greifen. Den gesetzlichen Sozialsystemen kommt dabei eine wichtige, jedoch nicht die alleinige Rolle zu.

Was zu tun ist

- Orientierung der Lohnentwicklung an der gesamtwirtschaftlichen Produktivität und der Zielinflationsrate der Zentralbank
- Einführung von einheitlichen und gesetzlichen Mindestlöhnen zur Begrenzung der Ungleichheit bei der Einkommensverteilung und zur Verhinderung deflationärer Gefahren
- Stärkung des Flächentarifvertrages durch Zwangsmitgliedschaft der Unternehmen in Unternehmerverbänden oder generelle Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifabschlüssen
- Stärkung der Mitbestimmungsrechte in Unternehmen
- Bindung öffentlicher Aufträge an die Erfüllung von Mindeststandards bei Löhnen und Arbeitsbedingungen
- Schaffung einer gemeinsamen Arbeitslosenversicherung auf der Ebene der europäischen Währungsunion, unter anderem zur Stärkung der regionalen Kohärenz
- Europäischer Mindestlohnanker (Mindestlohn soll 60 Prozent des nationalen Durchschnittslohnes betragen) und Gründung einer europäischen Mindestlohnkommission
- Koordinierung der Lohnpolitik entlang von europäischen Lohnleitlinien
- Unterstützung des Aufbaus europäischer Gewerkschaften, europäischer Arbeitgeberverbände und europäischer Tarifverhandlungen

Säule 3: Die öffentlichen Haushalte

Eine stärkere Rolle des Staates ist in einem grundlegend neu regulierten Kapitalismus nicht ohne eine gerechte und solide finanzierte Einnahmenbasis sicherzustellen, die einen Anstieg der Staatsverschuldung am Bruttoinlandsprodukt verhindert. Die Steuerpolitik korrigiert zum einen die Einkommensverteilung und dient dazu, insbesondere im Bereich der Bildung, Forschung, Infrastruktur und sozialen Sicherheit zu investieren. Die solide Finanzierung des Staates ist die Voraussetzung für eine antizyklische Stabilisierung der Wirtschaft durch automatische Stabilisatoren und für eine Bereitstellung möglichst guter öffentlicher Dienstleistungen.

Was zu tun ist

- Mitgliedschaft aller Einkommensbezieher in der gesetzlichen Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung
- Einführung europäischer Mindeststeuersätze für Unternehmen
- Stärkere Zentralisierung der Finanzpolitik in der Eurozone über europäische Steuern und Verschuldungsmöglichkeiten der EU-Ebene
- Einsatz antizyklischer Fiskalpolitik auf europäischer Ebene einschließlich Koordinierung der Fiskalpolitik in der Europäischen Währungsunion bzw. EU
- Ausbau des Finanzausgleichs innerhalb der EU, um einzelnen Ländern in Problemphasen besser helfen zu können
- Einführung eines neuen Euro-Stabilitätspaktes zur Korrektur von Leistungsbilanzungleichgewichten

Säule 4: Die Welt

Wir plädieren für eine wirtschaftliche Konstellation, die Produktivitätserhöhungen und Innovationen fördert, durch ein stabiles und gleichzeitig dynamisches Finanzsystem gekennzeichnet ist und auf einem Wachstum der Länder der Welt aufbaut, das grundsätzlich auf inländischem oder regionalem, durch Einkommenszuwächsen finanzierten Nachfragewachstum beruht und damit große Leistungsbilanzungleichgewichte verhindert. Die Weltwirtschaft sollte durch ein System relativ stabiler Wechselkurse gekennzeichnet sein, die bei großen Ungleichgewichten angepasst werden können. Ungleichgewichte in den Leistungsbilanzen sollten durch entsprechende Geld- und Fiskalpolitiken – innerhalb von Währungsunionen wie der EWU auch entsprechende Lohnentwicklungen – bekämpft werden. Beim Aufbau zu großer Leistungsbilanzungleichgewichte sollten Wechselkursanpassungen vorgenommen werden. In Währungsunionen sind Wechselkursanpassungen nicht möglich, was die Notwendigkeit einer stärkeren Integration und Kooperation von Ländern impliziert, die einer Währungsunion angehören.

Was zu tun ist

- Rückkehr zu stabileren Wechselkursen mit klarem Regelwerk für Anpassungen bei Leistungsbilanzungleichgewichten durch bessere Koordinierung der Geld- und Fiskalpolitik zwischen den Ländern, Kapitalverkehrskontrollen und Devisenmarktinterventionen

- Stärkere Rolle eines grundlegend reformierten Internationalen Währungsfonds bei der Koordinierung von Wirtschaftspolitik
- Aufbau eines starken Internationales Komitees zur Finanzmarktaufsicht bei der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich in Basel mit dem Zweck der Überwachung der internationalen Finanzmärkte
- Stärkere Rolle der Sonderziehungsrechte des Internationalen Währungsfonds in Sachen »Weltgeld«
- Einführung eines internationalen Schuldengerichtshofs für Staaten für die gerechte Verteilung der Schulden zwischen den (privaten) Gläubigern und Schuldnern im Falle einer Überschuldungssituation eines Landes
- Globale Förderung bei der Bereitstellung internationaler öffentlicher Güter wie z. B. Lösungen im Bereich der Umwelt
- Auf europäischer Ebene die Förderung des Makroökonomischen Dialogs zwischen den Sozialpartnern zur besseren Koordinierung von Lohnverhandlungen auf den nationalen Arbeitsmärkten.

Der »gute Kapitalismus« steht für relativ sichere wirtschaftliche Lebensverhältnisse. Es ist nicht akzeptabel, dass Arbeitnehmer oder Unternehmen zum Spielball vollständig destabilisierter Märkte werden – wie wir es nach der Subprime-Krise erlebt haben. Prekäre Arbeitsplätze und Massenarbeitslosigkeit schwächen Gewerkschaften und Arbeitnehmer. Es müssen somit Politiken verfolgt werden, welche die Arbeitslosigkeit gering halten und die gesetzlichen Möglichkeiten für prekäre Arbeitsplätze beseitigen. Ausgebaute Mitbestimmungs- und Arbeitnehmerrechte sind wichtig für die Kräftebalance zwischen Arbeit und Kapital.

Auch wenn unsere vorgeschlagenen Reformen durchgesetzt würden, wäre noch genügend Raum für Märkte, die in verschiedenen Dimensionen ein Element der Freiheit von Individuen sind. Es geht somit nicht darum, Märkte abzuschaffen oder zu ersetzen, sondern darum, Märkte, insbesondere Finanz- und Arbeitsmärkte in Institutionen und Regulierungen einzubinden.

5 Der gute Kapitalismus ist möglich!

Viele Leserinnen und Leser werden sich an der einen oder anderen Stelle gedacht haben: Ja, das hier ist eine gute Idee, aber leider völlig unrealistisch. Feste Wechselkurse weltweit? Da würden doch die Amerikaner nie mitmachen. Höhere Steuern für mehr Umverteilung in Deutschland? Die Unternehmerlobbies sind für so etwas doch zu stark, oder? Den Flächentarif in Deutschland wieder stärken? Da werden doch Hunderte von deutschen Volkswirten Protestnoten unterschreiben und die Briefkästen der Politiker verstopfen. Beliebig könnte man diese Liste fortsetzen.

Wir glauben, dass eine solche Skepsis fehl am Platz ist. Die Wirtschaftsgeschichte ist voll von grundlegenden Veränderungen. So war es zum Beispiel lange unvorstellbar, dass Geld nicht mit Edelmetallen gedeckt sein könnte. Heute ist keine wichtige Währung der Welt mehr durch die Notenbank in Gold oder Silber einlösbar. Zu Beginn der großen Depression in den 1930er Jahren glaubte man, dass der Staat nichts gegen Konjunkturausschläge machen könnte oder sollte. Gerade einmal ein halbes Jahrzehnt später krempelte John Maynard Keynes mit seiner »Allgemeinen Theorie« dieses Denken komplett um. Bis zum Beginn der Krise 2007 hätte man sich ebenfalls kaum vorstellen können, dass die britische und die amerikanische Regierung als Anteilseigner in die großen Privatbanken ihrer Länder einsteigen. Heute sind große Teile der Finanzsysteme dieser beiden Länder vom Staat abhängig oder in Staatseigentum. Gehen mit einer solchen Entwicklung nachhaltige Veränderungen des Verhältnisses von Markt und Staat einher, dann kann es auch große Veränderungen der Wirtschaftsweise geben, so wie wir sie heute kennen.

Ein anderes Beispiel ist die Europäische Währungsunion: Als der so genannte Werner-Plan im Jahr 1970 vorschlug, für Europa eine einheitliche Währung einzuführen, galt diese Idee als völlig utopisch. Selbst als der Maastricht-Vertrag Anfang der 1990er Jahre ausgehandelt wurde, hielten wenige die Idee einer einheitlichen europäischen Währung für realistisch. Vor allem die Deutschen würden nie freiwillig ihre Mark abgeben, hieß es oft. Heute zahlen wir alle selbstverständlich mit Euro und Cent. Das heißt freilich noch nicht, dass die Architektur des Euro den Menschen nach unserer Vorstellung eines »guten Kapitalismus« in jedem Maße gute Dienste leistet. Die Gemeinschaftswährung könnte jedoch durch die aktuelle Krise die politische Integration in Europa vorantreiben, was die Grundlage für einen weiteren wichtigen Schritt in Richtung unseres neuen Wirtschaftsmodells wäre.

Krisen bieten Chancen: Unerwartete Krisen zeigen oft, dass etwas an dem zuvor vorherrschenden Gedankenmodell falsch war. Sie bieten die Chance, all jene Lehrmeinungen und Interessen in Frage zu stellen, die lange kaum hinterfragt weitergegeben und alleine durch ihre schlichte Verbreitung als allgemeingültig hingenommen wurden. So bietet die Finanz- und Wirtschaftskrise die Chance, einmal einen Schritt zurück zu treten und zu überprüfen, was in den vergangenen Jahrzehnten in der Wirtschaft falsch gelaufen ist und was dazu geführt hat, dass unser Wirtschaftssystem nicht immer dazu beigetragen hat,

den Wohlstand der breiten Massen zu verbessern. Für Viele, auch in Deutschland, brachte das neoliberale Globalisierungsprojekt nicht nur eine geringe oder gar keine Teilnahme an der gesellschaftlichen Wertschöpfung, sondern schuf prekäre Lebensverhältnisse mit der Gefahr des »Herausfallens« aus der Gesellschaft. Soziale Sicherungssysteme wurden zumindest teilweise den Launen der Finanzmärkte unterworfen, berufliche und damit private Lebensplanungen wurden durch Krisen und neue Management-Methoden über den Haufen geworfen. Ein großer und wachsender Teil der Gesellschaft fühlt sich zunehmend als Spielball eines immer unkontrollierteren und gewalttätigeren Marktes. Der Zusammenhalt von Gesellschaften kann durch Resignation oder sogar soziale Unruhen in Gefahr geraten. Angesichts dieser Gefahren gibt es keinen Zweifel, dass eine bessere Regulierung der Globalisierung notwendig ist.

Dazu kommt nach unserer Meinung, dass der Finanzkapitalismus, wie er in den vergangenen Jahrzehnten entstanden ist, aber auch die Deregulierung der Arbeitsmärkte sowie die anderen Elemente des neoliberalen Projektes, dazu beigetragen haben, dass die Weltwirtschaft wesentlich anfälliger für ökonomische und gesellschaftliche Katastrophen von der Art der Großen Depression in den 1930er Jahren geworden ist. Die Subprime-Krise ist ein Ausdruck dafür. Durch die Subprime-Krise ist die destruktive Seite dieses Kapitalismus in den reichen Ländern mit aller Brutalität ausgebrochen, in den Entwicklungs- und Schwellenländern waren schwere ökonomische Zusammenbrüche schon länger an der Tagesordnung. Da diese Art von »Unfällen« das Potenzial hat, Millionen Menschen in die Armut zu stoßen und die sozialen wie ökonomischen Fortschritte von Jahren, wenn nicht Jahrzehnten zu vernichten, muss der Kapitalismus in der Art reguliert werden, dass er seine gefährliche Krisenhaftigkeit verliert.

Auch wenn das Fernziel eines durch Institutionen und Regeln gebändigten Kapitalismus, eines »guten Kapitalismus« auf den ersten Blick unrealistisch scheint, so sind doch viele erste Schritte durchaus vorstellbar oder bereits heute in der politischen Debatte. Und da jeder lange Weg mit einem ersten Schritt beginnt, können auf diese ersten Änderungen weitere, weitreichendere Vorschläge folgen und umgesetzt werden. Es ist eine Frage des politischen Willens – und natürlich der politischen Möglichkeiten. Es ist eine Frage von Kräfteverhältnissen innerhalb und zwischen den Gesellschaften, aus denen heraus politische Handlungsspielräume geschaffen werden. Von daher ist es wichtig, gerade jetzt erste Reformen mit dem Potential langfristiger Veränderungen anzustoßen und umzusetzen.

Entscheidend ist dabei, dass klar ist, wohin dieser Weg führen soll. Gerade in den vergangenen Jahrzehnten scheinen nicht immer alle Politiker genau gewusst zu haben, wie eigentlich die Gesellschaft und unsere Wirtschaftsordnung am Ende des eingeschlagenen Reformweges aussehen sollte. Viele Reformen wurden eher defensiv begründet: etwa, indem proklamiert wurde, dass diese Reformen notwendig seien, um die verbleibenden Reste des Sozialstaats zu retten. Am Ende haben die Veränderungen die Widerstandsfähigkeit der Wirtschaft nicht erhöht, sondern sogar noch zu den globalen wirtschaftlichen Ungleichgewichten beigetragen – gerade auch, weil es bei der Umsetzung an einem Verständnis für die größeren Zusammenhänge mangelte. Aber das hier skizzierte Modell zeigt: Der »gute Kapitalismus« und damit eine Alternative zur marktliberalen Ordnungslogik von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft ist denkbar und vor allem: möglich!






Impressum
Friedrich-Ebert-Stiftung
Internationale Politikanalyse
Abteilung Internationaler Dialog
D-10785 Berlin

www.fes.de/ipa
E-Mail: info.ipa@fes.de

ISBN 978-3-86872-205-5

Bestellungen
Friedrich-Ebert-Stiftung
Internationale Politikanalyse
Nora Neye
D-10785 Berlin

E-Mail: info.ipa@fes.de
Fax: +49 (30) 2 69 35-92 48

Alle Texte sind online verfügbar:
www.fes.de/ipa